



## SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Gütersloh

Herzebrocker Str. 140 33334 Gütersloh Telefon: 05241 85-1026 Fax: 05241 85-31051 E-Mail: spd@gt-net.de

An den  
Landrat des Kreises Gütersloh  
Herrn Sven Georg Adenauer

Herzebrocker Str. 140  
33334 Gütersloh

Liane Fülling  
Fraktionsvorsitzende

Telefon: 05423 2324  
Mobil: 0152 24490783  
E-Mail: Liane.Fuellling@gmx.de  
Internet: www.spd-kreisgt.de

Private Adresse:  
Heuerkotten 17  
33775 Vermold

4. Okt. 2016

Sehr geehrter Herr Adenauer,

wir stellen nachstehenden Antrag zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 31. Oktober 2016:

### Open Data im Kreis Gütersloh nutzen

Der Kreisausschuss fordert die Verwaltung auf, die Einführung von Open Data in unserem Kreis zu prüfen sowie die Voraussetzungen in einer Vorlage für eine der nächsten Kreisausschusssitzungen darzustellen. Des Weiteren einen Beschlussvorschlag vorzulegen mit dem Ziel, sämtliche kommunale Daten nach den Open Data Kriterien (die „Open Definition“ der Open Knowledge: <http://opendefinition.org/od/2.0/de/>) zu veröffentlichen. Einen Leitfaden zur Einführung gibt das Positionspapier von DStGB, KGSt und Vitako „Open Data in Kommunen“, ([http://www.vitako.de/Publikationen/Leitfaden\\_Open\\_Data\\_2014.pdf](http://www.vitako.de/Publikationen/Leitfaden_Open_Data_2014.pdf))

In einem ersten Schritt könnten dies Standarddaten sein wie

- der Haushalt
- die Bevölkerungs- und Schulstatistik
- die Kindertagesstätten
- die Klimaschutzplandaten
- die Geodaten

Dabei ist von Beginn an darauf zu achten, dass die Datensätze in maschinenlesbarer Form und den allgemein gültigen offenen Standards zur Verfügung gestellt werden. Perspektivisch sollten automatisierte Verfahren entwickelt werden, die aktualisierte und neu erstellte Datensätze automatisch in das Open-Data-Portal des Kreises einfließen lassen.

Im weiteren Prozess soll für eine bessere Bürgerbeteiligung das Kreistagsinfosystem die Schnittstelle OParl bedienen. Der Kreis soll die Städte und Gemeinden anregen, sich ebenfalls an Open Data zu beteiligen.

Zur Begründung:

Wir alle wissen, Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – und damit auch der Kreis Gütersloh sowie seine Städte und Gemeinden - sitzen damit auf einem großen ideellen Reichtum: Täglich werden im Kreis unzählige Daten erfasst und gespeichert. Viele von ihnen sind urheberrechtlich geschützt oder personenbezogen, so dass sie nicht öffentlich weiterverwertet werden können. Der Großteil kommunaler Daten stünde jedoch für eine Weiterverwertung zur Verfügung, beispielsweise für

- Wirtschaft,
- Wissenschaft,
- Bildung, Schule,
- Sport,
- Kultur,
- Ehrenamt, und
- zivilgesellschaftliche Organisationen.

Außerdem können die Daten zur weiteren Optimierung verwaltungsinterner Prozesse und behördenübergreifend sowie zur interkommunalen Zusammenarbeit verwendet werden.

„Im Zuge der normalen Verwaltungstätigkeit produzieren öffentliche Verwaltungen routinemäßig einen großen Stock an nicht-personenbezogenen Daten, deren Nutzungspotential durch die Verwaltung selbst – schon alleine auf Grund beschränkter Ressourcen – kaum ausgeschöpft werden kann. Insbesondere im Bereich von ortsbezogenen Daten („Geodaten“) gehen so viele innovative Nutzungsmöglichkeiten verloren, wenn nicht Dritten die Möglichkeit eingeräumt wird, diese Daten frei zu nutzen. Hinzu kommen demokratiepolitische Überlegungen: Offener Zugang zu öffentlichen Daten bedeutet ein Mehr an Transparenz und damit eine bessere Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle.“ (Dobusch et al. (Hg.) „Freiheit vor Ort“, München, Open Source Press 2011)

Seit einigen Jahren beschäftigen sich Städte und Gemeinden damit, wie Datensätze in digitaler Form bereitgestellt werden können, damit Programmierer aus ihnen Programme und Anwendungen erstellen können, die letztlich denjenigen einen Mehrwert bieten, die mit ihren Steuern und Abgaben die Erfassung der Daten finanziert haben: die Bürgerinnen und Bürger.

Der größte Vorbehalt, den viele Kommunen vor der Einführung von Open Data haben, ist der vermeintliche finanzielle und personelle Aufwand. „Aus organisatorischer Sicht betritt man mit dem Thema Open Data nur in Teilen Neuland. Im Kern geht es darum, Daten und Dateien für die Veröffentlichung im Internet bereitzustellen bzw. zusammenzutragen. Die Prozesse unterscheiden sich daher nicht grundlegend von der Arbeit einer Internetredaktion. Dies ist in vielen Kommunen bereits jahrelange Praxis.“ (Positionspapier von DStGB, KGSt und Vitako „Open Data in Kommunen“)

Mit freundlichen Grüßen



Liane Fülling  
Fraktionsvorsitzende

Fritz Spratte  
Mitglied im Kreisausschuss